

# Lichtenstein-Gallberger Tageblatt

Früher Wochen- und Nachrichtenblatt

Tageblatt für Hohndorf, Adlik, Bernsdorf, Nisdorf, St. Egidien, Heinrichsdorf, Marienau, Neudorf, Ortmannsdorf, Müllen St. Nicola, St. Jacob, St. Nikola, Stangendorf, Thurn, Niedermüllen, Kubchnappel und Zirschheim

Amtsblatt für das Agl. Amtsgericht und den Stadtrat zu Lichtenstein

Älteste Zeitung im Königlichen Amtsgerichtsbezirk

Nr 125.

Verbreitete Zeitung im Amtsgerichtsbezirk

63. Jahrgang. Dienstag, den 3. Juni

Haupt-Infektionsorgan im Amtsgerichtsbezirk

1913

Dieses Blatt erscheint täglich, außer Sonn- und Festtags, nachmittags für den folgenden Tag. — Vierteljährlicher Bezugspreis 1 Mk. 50 Pfg., durch die Post bezogen 1 Mk. 75 Pfg., Einzelne Nummern 10 Pfg. — Bestellungen nehmen außer der Expedition in Kuybatskaja, Zwanziger Straße Nr. 5b, als Kaiserlicher Postkavalier, Postboten, sowie die Ansträger entgegen. Inserate werden die Hauptspalten Grundpreis mit 10, für auswärtsige Inserate mit 15 Pfg. berechnet. Nachdruck 30 Pfg. — Am amtlichen Stelle kostet die postfreie Zeile 30 Pfg. — Fernsprech-Anschluß Nr. 7. — Inseraten-Annahme täglich bis spätestens vormittags 10 Uhr. — Telegramm-Adresse: Tageblatt.

## Stadtparkasse Lichtenstein.

Geschäftsbericht vom Monat Mai 1913.

Spareinlagen: 163 117 Mk. 07 Pfg. in 977 Posten.  
Einlagerückzahlungen: 184 472 Mk. 79 Pfg. in 589 Posten.  
Neu eröffnete Konten: 91. Geschlossene Konten: 82.

Gesamtumsatz im Monat: 781 980 Mk. 20 Pfg.

Einlagezinsfuß: 3 1/2 %.

Tägliche Verzinsung

Spernung gegen Kontrollmarken.

Geschäftszeit: Vorm. 8-1, nachm. 3-5 Uhr.

Sonntags ununterbrochen von 8-3 Uhr.

Geschäftsstelle: Rathaus.

## Das Wichtigste.

\* Die Budgetkommission des Reichstages nahm gegen die Stimmen der Konservativen und National-Liberalen einen sozialdemokratischen Antrag an, wonach der Bundesrat bestimmen soll, wer für die Bundesfürsten die Vermögensdeklaration abzugeben hat.

\* Die Anwesenheit der leitenden Minister der größten Bundesstaaten in Berlin gilt der beschleunigten Verabschiedung der Heeres- und Defensionsvorlagen.

\* Bei dem Gewitter, das Sonnabend nachmittag Berlin und Umgebung heimsuchte, wurden zwei Personen vom Blitz erschlagen und mehrere verletzt.

\* In Plochingen in Württemberg hat ein Orkan große Verwüstungen angerichtet. Aus der Umgebung Waltilands werden ebenfalls Sturmverheerungen gemeldet.

\* In Döbeln wurde gestern in Gegenwart des Kriegsministers v. Hausen der Generalappell ehemaliger Jäger und Schützen abgehalten.

\* Auf dem Croissinsee kenterte gestern ein Segelboot, wobei 5 Personen ertranken.

\* Das Ausfallen der Begegnung zwischen Palisch und Gschow bestärkt in Sofia die höchst kritische Auffassung der Lage.

\* „Russloje Slowo“ will aus bester Quelle wissen, daß Rumänien im Falle eines Krieges Bulgariens mit Serbien nicht neutral bleiben wird, und daß Rumänien sich wahrscheinlich auf die Seite Serbiens stellen wird.

## Deutscher Reichstag

Nachdem am Freitag der Reichskanzler das Vergehen der elsass-lothringischen Regierung in Sachen des Vereins- und Pressegesetzes nachdrücklich verteidigt hatte und von Seiten des Zentrums die in Aussicht genommene Maßnahmen zurückgewiesen, von Seiten der Konservativen aber wenigstens grundsätzlich geruchsfertig worden waren, spannte sich am Sonnabend die Debatte über diese Angelegenheit noch weiter. Der national-liberale Abgeordnete Dr. von Calker sprach sich entschieden gegen jede Ausnahmeregel aus. Das Gleiche taten die Vertreter der Volkspartei und der Polen, während der Reichsparteiler Dr. Schulz-Bromberg für die elsass-lothringische Regierung Partei ergriff und das national-liberale Treiben der Franzosenfreunde in Elsaß-Lothringen als einen gefährlichen Brand kennzeichnete, der unter allen Umständen gelöscht werden müsse. Nachdem der Elsässer Haus und der Sozialdemokrat Dr. Weill sich als Gegner der Maßnahmen der elsass-lothringischen Regierung erklärt hatten, legte der Unterstaatssekretär für Elsaß-Lothringen, Mandel, im einzelnen die Gründe dar, welche die Regierung der Reichslande zu ihrem Vorgehen bestimmt haben.

Mit Recht bezeichnete er es als eine Pflicht der Regierung, den franzosenfreundlichen Umtrieben entgegenzutreten, da diese nicht nur den Frieden im Lande selbst gefährdeten, sondern auch eine erhebliche Gefahr für das ganze Reich bildeten. Daß der Unterstaatssekretär mit diesen Darlegungen bei der radikalen und äußersten Linken keinen Eindruck machen würde, konnte man von vornherein voraussehen.

Ziemlich lang- und langlos verlief die weitere Erörterung über die Einschränkung der Vereins- und Pressegesetze in Elsaß-Lothringen aus. Nach der Rede des Unterstaatssekretärs Mandel, der die undant-

bare Aufgabe zu lösen gehabt hatte, vor einem seinen Ideen in der großen Mehrheit abholden Hause seine Pläne zu verteidigen und seine Maßnahmen zu rechtfertigen, kamen noch zwei Redner der Linken zu Worte: zunächst der badische Fortschrittler Dr. Haas, der die spezifisch süddeutsche Eigenart der Elsaß-Lothringer betonte. Er glaubte nicht an die dem Nationalismus zugeschriebene Bedeutung und lehnte darum auch die beabsichtigten Sonderbestimmungen ab. Der Sozialdemokrat Peiros versuchte noch eine Milderung gegen die Angriffe des Unterstaatssekretärs Mandel, aber er hatte wenig Glück damit, schon darum nicht, weil das Haus immer lechter und lechter wurde, und nach ihm meldete sich niemand mehr zum Wort; die Aussprache verlief im Sande — vielleicht auch die ganze Angelegenheit, denn das Fazit der zweitägigen Verhandlung dürfte die Ueberzeugung sein, daß für einen entsprechenden Gesetzentwurf, falls der Bundesrat seine Romendigkeit doch noch bejahen sollte, nur die Rechte und vielleicht einige Nationalliberale die Hände erheben würden, während ihm bei der großen Mehrheit eine glatte Ablehnung gewiß wäre.

Das Plenum des Reichstages hat nunmehr wieder bis zum 9. Juni Ferien, dann wird es das Gesetz über die Entschädigung für Schöffen und Geschworene in Angriff nehmen. Die Budgetkommission tagt aber, wie bekannt, inzwischen weiter, um die Steuervorlagen ein gut Stück weiter zu bringen.

## Deutsches Reich.

**Berlin.** (Zur Beherrschung.) In parlamentarischen Kreisen verläutet, daß die Reichsregierung die Ausnahme einer Bestimmung über die Steuerpflicht der Fürsten in den Gesetzentwurf betreffend den Wehrbeitrag entschlossen ablehnt. Trotz des entgegenstehenden Beschlusses der Budgetkommission des Reichstages gibt man sich in den der Regierung nahestehenden Kreisen der Erwartung hin, daß das Plenum des Reichstages in seiner Mehrheit im entscheidenden Augenblick der Auffassung der Regierung beifolgt wird, zumal die letztere in der Lage sein wird, über die freiwilligen Beiträge der Fürsten Mitteilungen zu machen, die auch die weitestgehenden Wünsche in dieser Richtung befriedigen, so daß ein Bestehen auf der Festlegung der Steuerpflicht der Fürsten bei dieser Gelegenheit sich als eine verfehlte Rechthaberei erweisen dürfte.

(Die Thronfolge in Braunschweig.) Ueber die Regelung der braunschweigischen Thronfolgefrage sind in den letzten Wochen zahlreiche Meldungen durch die Presse gegangen. Bei allen diesen Nachrichten handelte es sich jedoch um Gerüchte, denen niemals eine amtliche Bestätigung folgte. Jetzt erfährt die „Neue Gesellschaft. Korr.“ von „zuverlässigster“ Seite:

Preußen wird demnächst dem Bundesrat einen — gegenwärtig in Vorbereitung befindlichen — Antrag zu einer neuen Regelung der Thronfolge in Braunschweig einreichen. An der Annahme des Antrages braucht man wohl nicht zu zweifeln. Da die geschäftsmäßige Behandlung jedoch, aus technischen Gründen, eine Reihe von Monaten in Anspruch nehmen wird, so ist es wahrscheinlich, daß Prinz Ernst August und seine Gemahlin, die Prinzessin Viktoria Luise, erst Ende dieses Jahres, im November oder Dezember, als Herzog und Herzogin in Braunschweig einzziehen werden. — Alle anderen Gerüchte beruhen auf unzutreffenden Vermutungen.

Eine Bestätigung dieser Nachricht, die aller-

dings viel Wahrscheinlichkeit für sich hat, bleibt abzuwarten.

(Andrew Carnegie kommt nach Berlin.) Auf dem Dampfer „Olympie“ landete Andrew Carnegie von Newyork in Plymouth an. Er wird nach Berlin fahren, um dem Deutschen Kaiser eine Botschaft zu überreichen, die von mehr als 400 amerikanischen Friedensgesellschaften unterzeichnet ist. Allan Baker und eine britische Delegation werden sich zu derselben Zeit nach Berlin begeben. Auch sie haben eine Mission an den Deutschen Kaiser. Carnegie erklärte, daß er den Kaiser für die Persönlichkeit in Europa halte, die machtvoll genug sei, um den Krieg abzuschaffen.

## Die Espionageaffäre Redl.

Wien. Der Kaiser hat sich über den Nachbericht Redls eingehend Bericht erstaten lassen. Die Tat des Verräters hat den greisen Monarchen furchtbar erregt. Der Kaiser äußerte sich wiederholt gegenüber Personen, die in den letzten Tagen bei ihm erschienen, empört über das schreckliche Verbrechen Redls. Gegenüber einer hochstehenden Persönlichkeit sagte er tief bewegt, daß dieser Vorfall wohl das Unschicklichste während seiner so langen Regierungszeit sei. Es sei unglücklich, daß ihm dies ein Offizier, ein Generalstabsobers, auf den er selbst große Hoffnungen setzte, antun konnte. Redl war bekanntlich auch mehrfach zu Missionen herangezogen und öfter beim Kaiser in Audienz und auch zu Besprechungen zugezogen worden.

Dresden. Nach einer Meldung aus Wien soll der österreichische Generalstabsoffizier Redl von Prag aus oft Reisen nach Dresden unternommen und hier Zusammenkünfte mit russischen Agenten gehabt haben. Da der Name Redls hier nicht bekannt und bei der Polizei nie angemeldet worden ist, so ist, wenn die Meldung auf Wahrheit beruhen sollte, nur anzunehmen, daß Redl stets inkognito nach Dresden reiste und in den Hotels unter fremden Namen absteigt.

Wien. Die „Militärische Rundsch.“ schreibt: Der Fall Redl hat eine Flut abenteuerlicher Gerüchte hervorgerufen, die jetzt nicht zu übersehen, geschweige zu kontrollieren sind. Wir behalten uns aber vor, demnächst eine Darstellung des Sachverhaltes zu geben. Die Nachricht eines Wiener Wittaagsblattes aber, daß Redl Mobilisierungspläne des Deutschen Reiches an eine fremde Macht verraten habe, verlangt jedoch wegen ihrer Unschweulichkeit sofortige Klärung und dahingehend, daß, wie jedem der militärischen Organisation einigermaßen Vertrauten bekannt ist, Offiziere überhaupt nicht in den Stand gesetzt sind, militärische Geheimnisse einer auswärtigen Macht preiszugeben.

Wien. Am Mittwoch mittag ist auch der Marenleutnant Horinka vom Marenregiment in Stoderan verhaftet worden. Horinka ist jener Offizier, von dem im Verlauf der Affäre Redl wiederholt die Rede war. Horinka stand zu Redl in einem intimen Freundschaftsverhältnis, das mehrere Jahre dauerte. Diese Freundschaft war eine so eigentümliche, daß sie in Beamtenkreisen allgemein auffiel. Redl versah ihn auch reichlich mit Geldmitteln und gab ihm wiederholt in seiner Wohnung Quartier. Die Verhaftung Horinkas erfolgte, als er bei seiner Freundschaft zu Besuch weilte.

Wien. In hiesigen militärischen Kreisen erzählt man, daß Oberst Redl nicht nur jene russischen Generalstabsoffiziere verriet, welche im Dienste Oesterreich-Ungarns spionierten, sondern seine eigenen Kameraden, welche mit seinem Wissen nach Rußland auf Spionage

ans,

von nach-

musik

gert n,

Ball.

neur blichft

sche.

ans,

Klößen,

ant,

Dölar Ziefche.

zelt.

allen werten

oaren.

Gelfert.

cher

Druderei.

Haus

tungen

s-Möbel.

tungen

erkältten.

ny

largaase.

lchtenstein.

SLUB

Wir führen Wissen.